



Annette Groth

Mitglied des Deutschen Bundestages
Menschenrechtspolitische Sprecherin

Annette Groth, MdB
Menschenrechtspolitische Sprecherin der
Fraktion Die Linke
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-77207
Fax: +49 30 227-76207
E-Mail: annette.groth@bundestag.de

Wahlkreisbüro Friedrichshafen
Wilhelmstr. 31
88045 Friedrichshafen

Telefon: +49 7541/6017244,
E-Mail: annette.groth@wk.bundestag.de

Berlin, 22.11.2016

Grußwort Annette Groth Konzert für Palästina

Liebe Freundinnen und Freunden,

leider kann ich heute nicht in Stuttgart beim Konzert für Palästina sein. Ich bedaure das sehr und möchte Euch meine besten Wünsche und Solidarität schicken.

Dass sich die Situation für die Palästinenserinnen und Palästinenser, die von der internationalen Gemeinschaft immer weniger Beachtung finden, zunehmend verschlechtert, erfüllt mich mit großer Sorge. Seit einigen Monaten begleite ich die Familie eines zwölfjährigen Kindes, das sich seit letztem Dezember in Haft befindet. Shadi wurde mit der Begründung verhaftet, er und sein Freund hätten einen Anschlag auf israelische Siedler*innen geplant. Beweise hierfür konnten nicht erbracht werden – die Anklage stützt sich stattdessen auf ein unter Folter erzwungenes Geständnis, das der Junge zudem wieder zurückgenommen hat. Der Militärstaatsanwalt fordert drei Jahre Haft ohne Anrechnung des bereits abgesehenen Jahres. Ende des Monats soll das Urteil gesprochen werden.

Es ist skandalös, dass sich die israelische Regierung auch in dieser Frage nicht an internationales Recht hält und dennoch mit keinerlei Konsequenzen rechnen muss. Israel hat die Kinderrechtskonvention 1991 ratifiziert und ist demnach verpflichtet, für das Wohl aller Kinder zu sorgen. Stattdessen werden palästinensische Kinder ganz anders als israelische wie Erwachsene



behandelt. Anders als bei israelischen Kindern und anders als international üblich ist bei Palästinensern für das Strafmaß nicht das Alter zum Zeitpunkt des Deliktes, sondern das Alter bei der Verurteilung ausschlaggebend. Palästinensischen Kindern werden genau wie den Tausenden erwachsenen politischen Häftlingen Palästinas elementarste Rechte vorenthalten. Eine Studie von UNICEF aus dem Jahr 2013 kommt zu dem Ergebnis: „Die Misshandlung von palästinensischen Kindern in israelischen Gefängnissen scheint weit verbreitet, systematisch und institutionalisiert zu sein[...]“

Das Wegsperrn von Menschen und auch von Kindern aus politischen Gründen sowie diverse andere Menschenrechtsverstöße und Gewalttaten gegen die palästinensische Zivilbevölkerung werden nicht zuletzt auch ermöglicht, weil sich die israelische Gesellschaft immer weiter radikalisiert und darum solche Verbrechen billigt. Laut einer kürzlich veröffentlichten Umfrage fordern fast 80% der befragten jüdischen Israelis eine bevorzugte Behandlung von Jüd*innen im israelischen Staat, 48% sprachen sich dafür aus, Palästinenser*innen auszuweisen. Bereits in früheren Umfragen hatten sich 69% der Befragten dagegen ausgesprochen, den 2,5 Millionen Palästinenser*innen das Wahlrecht zuzugestehen, sollte Israel die Westbank annektieren, 58% gaben gar freimütig zu, der israelische Staat praktiziere Apartheid. 74 Prozent plädierten für getrennte Straßen für Israelis und Palästinenser. 47 Prozent wollten die israelischen Araber zumindest teilweise in die palästinensischen Gebiete transferieren.

Extrem rassistische Äußerungen aus der Regierung sowohl Palästinenser*innen als auch nach Israel Geflüchteten gegenüber sind seit Jahren an der Tagesordnung – da darf man sich selbst schon mal als „stolze Faschistin“ bezeichnen. Das Kabinett Netanjahu, das rechteste in der Geschichte Israels, betreibt den Abbau demokratischer Rechte und Mindeststandards im Eiltempo, wie z.B. durch das „NGO-Gesetz“. Während der 50 Jahre langen Militärbesatzung ist in Israel eine Kultur der Straflosigkeit und eine gefährliche Rechtswendung entstanden, vor der sich auch viele Israelis fürchten. Morddrohungen und körperliche Übergriffe gegen Linke häufen sich. Die Besatzung wurde ideologisch verfestigt, sie ist in den Köpfen vieler Israelis inzwischen fest verankert, sie ist zur Normalität geworden.

2017 wird die israelische Militärbesatzung 50 Jahre alt. Für die Palästinenserinnen und Palästinenser bedeutet dies 50 Jahre brutaler Unterdrückung, 50 Jahre massive Menschenrechtsverletzungen, 50 Jahre der Enteignungen und der Freiheitsberaubung, 50 Jahre, in denen ihnen ihr international verbrieftes Recht auf Selbstbestimmung verweigert wird. Seit 50 Jahren wird die palästinensische Wirtschaft zerstört. UNCTAD hat gerade in einem Bericht konstatiert: "Die palästinensische Wirtschaft wäre ohne



israelische Besatzung mindestens doppelt so groß".

Wir müssen weiter in Solidarität an der Seite der Palästinenser*innen stehen. Dies ist umso wichtiger angesichts der sich häufenden Kampagnen gegen Veranstaltungen, Veröffentlichungen und Organisationen, die sich kritisch mit dem Nahostkonflikt auseinandersetzen. Gerade erst wurde das Konto der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost gekündigt – beteiligt war wieder einmal der so genannte Journalist Benjamin Weinthal. Wir dürfen uns nicht einschüchtern lassen von diesen Angriffen auf das Grundrecht der Meinungsfreiheit. Diejenigen, die gezielt Veranstalter*innen, Vermieter*innen und andere mit unbelegbaren Antisemitismusvorwürfen einschüchtern, haben auch keinesfalls den Kampf gegen Antisemitismus zum Ziel. Vielmehr wollen sie unter allen Umständen das Bekanntwerden von Menschen- und Völkerrechtsverstößen in Israel-Palästina verhindern. Dagegen müssen wir uns alle gemeinsam und aktiv wehren!

Ich wünsche Euch gutes Gelingen und ein schönes Konzert.

Mit solidarischen Grüßen

Annette Groth